

## HPR

V.i.S.d.P. Sabine Knoth

## Inhalt:

## Seite 1- 3

Ministerbesuch im HPR	Seite 1
Personalbedarfe der Zollverwaltung	Seite 2
Rahmeninklusionsvereinbarung (RIV)	Seite 2
Änderung der WV-BMF-PolZul	Seite 2
Aktuelles aus dem Tarifbereich	Seite 3

## Ministerbesuch im HPR



Bundesfinanzminister Scholz, HPR-Vorsitzender Dewes, Leiterin der Abteilung Z MDin Stahl-Hoepner, Leiterin der Abteilung III im BMF MDin Hercher v.l.

In der Junisitzung des Hauptpersonalrates konnte das Gremium erstmals Bundesfinanzminister Olaf Scholz begrüßen. Dieser wurde von den beiden Abteilungsleiterinnen, Frau Dr. Stahl-Höpner (Abt. Z) und Frau Hercher (Abt. III) begleitet. In seiner Begrüßung führte Minister Scholz aus, dass er die traditionell gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Hauptpersonalrat fortsetzen wolle.

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrates konfrontierte den Minister mit den wohl vordringlichsten Problemen der Zollverwaltung:

- Das Personaltableau ist mittlerweile in allen Bereichen unzureichend. Die bereits zugesagten erhöhten Einstellungsermächtigungen sind zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, allerdings muss nunmehr der anstehende gewaltige Aus- und Fortbildungsbedarf schnellstens durch ein konkretes und vor allem langfristig belastbares Konzept für die künftigen Standorte der Aus- und Fortbildung hinterlegt werden.

- Um die Attraktivität der Zollverwaltung zu steigern, müssen aus Sicht des Hauptpersonalrates die Eingangssämter sowohl der Laufbahn des mittleren Dienstes als auch der des gehobenen Dienstes endlich angehoben werden. Darüber hinaus ist eine Erhöhung der Obergrenzen in allen Laufbahnen lange überfällig. Auch dies wären Zeichen der Wertschätzung des Dienstherrn für die Beschäftigten.

Minister Scholz bestätigte daraufhin gegenüber dem Gremium, dass er sich bereits mit den o.a. Themen im Rahmen eines Vier-Augen-Gesprächs mit Dewes befasst hat. Gleichzeitig kündigte er an, dem Hauptpersonalrat zeitnah Lösungsvorschläge zu unterbreiten und in eine Diskussion darüber einzutreten.

## Personalbedarfe der Zollverwaltung

Um die Personalsituation in der Zollverwaltung schnellstmöglich zu verbessern, hat das BMF einen Erlass an die Generalzolldirektion (GZD) übersandt, in dem die GZD aufgefordert wird, zusätzlich zu den Einstellungsermächtigungen auch externe Bewerberinnen und Bewerber einzustellen. Bei diesen Einstellungen ist jedoch auf ein angemessenes Verhältnis zwischen diesen Beschäftigten und zollver-

waltungsintern ausgebildeten Beschäftigten zu achten.

Hierzu werden zukünftig ein- bis zweimal jährlich bundesweit externe Ausschreibungen sowohl für Tarifbeschäftigte als auch (Vollzugs-) beamtinnen und beamte anderer Verwaltungen initiiert. Diese Ausschreibungen ergänzen in erster Linie die Rekrutierung in den Eingangssämtern und sollen u.a. sicherstellen, dass externe Einstel-

lungen nicht übermäßig zu Lasten der Beförderungsmöglichkeiten des vorhandenen Personals erfolgen. Des Weiteren muss gewährleistet werden, dass die neuen Beschäftigten zeitnah zur Einstellung eine Grundlagenfortbildung erhalten, um ihre künftigen Aufgaben in den zollfachlichen Gesamtkontext einordnen zu können. Hierzu müssen ausreichend Kapazitäten bereitgestellt werden.

## Rahmeninklusionsvereinbarung (RIV)

Nach intensiven und konstruktiven Abstimmungsgesprächen zwischen dem Bundesministerium der Finanzen, den Berichterstattern im Hauptpersonalrat (Kollegen Böing und Krämer, beide BDZ) und der Hauptschwerbehindertenvertretung konnte Einvernehmen erzielt werden, so dass der HPR in seiner Juni-Sitzung der RIV zustimmen

konnte. Eine Überarbeitung der 2. Fortschreibung wurde notwendig, um die gesetzlichen Vorgaben (Neuerungen des SGB IX) umzusetzen. Aus diesem Grunde wurde aus der Rahmen**integrations**vereinbarung die Rahmen**inklusions**vereinbarung. Die RIV konnte am 13. Juni 2018 in einem festlichen Rahmen vom Hauptvertrauensmann

der schwerbehinderten Menschen Klaus Heckel, dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Dieter Dewes und der Inklusionsbeauftragten der Verwaltung Dr. Ruth Möller unterzeichnet werden.

Sobald der Minister die RIV abschließend gezeichnet hat, tritt diese in Kraft.

## Änderung der VV-BMF-PolZul

Aufgrund der jüngst ergangenen Beschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts wurde die Verwaltungsvorschrift neu gefasst und soll rückwirkend zum 01.01.2014 in Kraft gesetzt werden. Danach wird ein Anspruch auf Gewährung der Polizeizulage bei Verwendung in einem durch das BMF zu bestimmenden typisierten Bereich (vgl. Ziffer 4.3 der Anlage 1 VV-BMF-PolZul)

nicht mehr von der Erfüllung der besonderen körperlichen, gesundheitlichen und fachlichen Voraussetzungen abhängig gemacht.

Diese Regelung gilt für alle betroffenen Beamten/-innen, Tarifbeschäftigten, Versorgungsempfänger/-innen, Rentner/-innen und Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst seit 01.01.2014. Das BMF wird die GZD auffordern, alle Be-

troffenen über die rückwirkende Neuregelung in geeigneter Weise zu informieren.

Der HPR begrüßt, dass durch die beiden dem BDZ angehörenden Berichterstatter erreicht werden konnte, dass auch Tarifbeschäftigte und Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst von der Neuregelung profitieren werden.

## Aktuelles aus dem Tarifbereich

Der Hauptpersonalrat hatte bereits Anfang 2017 alle Personalvertretungen im Bereich der Zollverwaltung abgefragt, ob für den Tarifbereich wieder eine Regelbeurteilung eingeführt werden soll. Mit großer Mehrheit hatten sich damals fast alle Personalvertretungen dafür ausgesprochen, eine entsprechende Dienstvereinbarung zur Wiedereinführung der Regelbeurteilung im Tarifbereich abzuschließen. Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Kollege Dewes,

hat dies in der Sitzung zum Anlass genommen, den Gruppensprecher der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ver.di) mit deutlichen Worten zu kritisieren. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses deutliche Votum für die Wiedereinführung der Regelbeurteilung bislang nicht weiter verfolgt wurde. Rückblickend betrachtet hat es die Mehrheitsfraktion im Tarifbereich (ver.di und GdP) bislang versäumt, zu einer Verbesserung der Situation im Tarifbereich der Zollverwaltung

beizutragen. Auch eine Aktion zur Höherbewertung von Arbeitsplätzen, die der BDZ in den Jahren 2010 und 2015 mit insgesamt über 500 Höhergruppierungen im Tarifbereich erfolgreich umsetzen konnte, steht weiterhin aus. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass diese bisherige Untätigkeit nicht zu einer positiven Personalentwicklung im Tarifbereich der Zollverwaltung beigetragen hat.